DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

N° 7 der auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik. Frei und kostenlos, Spende kommt der VerteilerIn zugute.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben, ab Samstag, 6. Juni 2020, Berlin, Erfurt und bundesweit

LECTORES EN ESPAÑOL *página 4*

Sommer der Demokratie

Die Regierung und ihre Leitmedien haben sich in einem Netz von Lügen um Corona verstrickt. Eine ganze Kaste globalisierungs- und kontrollfanatischer Eliten ist an ihrem verdienten Ende angelangt — und will unsere Demokratie mit in ihren eigenen, selbstverschuldeten Abgrund reißen.

CORONA MARKIERT DAS ENDE DER NEOLIBERALEN EPOCHE.

Was tun? Die Menschen in der Bundesrepublik verständigen sich neu auf Basis des Grundgesetzes. Überall in Deutschland treffen sie sich auf den großen Stadtplätzen.

Jeden Samstag ab 14:30 Uhr stehen die Demokratinnen und Demokraten von der Basis geeint für die liberalen Grundrechte des Grundgestzes ein. Für die freie Republik. Für ein Ende des verfassungsbrüchigen Ausnahmezustandes der Regierung. Und gegen deren Verschränkung mit Großbanken und Konzernen.

Die Demokratiebewegung hält Räte ab, richtet außerparlamentarische Untersuchungsausschüsse ein und bereitet die friedliche Machtübernahme durch die Vielen, nicht die Wenigen vor: Neuwahlen, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Presse- und Versammlungsfreiheit werden zurückerstritten.

DIE BASISDEMOKRATISCHE WENDE IST NICHT MEHR AUFZUHALTEN.

Echte Demokratie und die Befreiung von undemokratischer Kontrolle und Überwachung stehen hoch im Kurs. Im Gespräch ist die Einrichtung einer Verfassungsgebenden Versammlung auf Basis des Grundgesetzes nach Artikel 20 und 146. Friedlich und international verbunden im Geist von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit, genauso wie von Einigkeit und Recht und Freiheit.

Nach dem Zusammensturz des Finanzmarktkapitalismus, fordern Demokratinnen und Demokraten Grundrechte für jeden Menschen im Wirtschaftsleben und künftige Generationen. Denn nach der Liebe sind Arbeitszeit, Kollegialität und faire, grundlegende Beteiligung die entscheidenden Glücks- und Unglücksfaktoren im Leben aller. Die Losung:

»NIEMANDES HERR, NIEMANDES KNECHT!«



Diese Wochenzeitung, die binnen weniger Wochen die auflagenstärkste in der Bundesrepublik geworden ist, erhebt die Stimme der oppositionellen MedizinerInnen, Juristen, Arbeiter, Schüler und Pensionäre. Sie wird von liberalen und fortschrittlichen JournalistInnen gemacht und erreicht die Menschen, die ohne diese Zeitung nur der TV-Propaganda und den Konzernzeitungen ausgesetzt wären.

Im Sommer der Demokratie begleitet die Redaktion die vielen einzelnen, großen und kleinen basisdemokratischen Gruppen und Kundgebungen in unser aller Republik.

Aufklärung, Wahlen, Republik!

Der 13-Jährige Ceejay Kolloff umarmt nach über 600 Kilometern Protestmarsch eine Polizistin vor dem Bundestag in Berlin: *Seite 7.*

Foto: Lejeune

»Der DEMOKRATISCHE WIDERSTAND hat das uneingeschränkte Recht, eine Einschätzung der Pandemie zu Papier zu bringen. In dem Ausnahmezustand, in dem wir leben, ist es absolut wichtig, dass die Meinungsfreiheit erhalten bleibt. Das bedeutet, dass die Zeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND — dessen Titel auf eines der Rechte in der deutschen Verfassung verweist — das Recht hat, seine Einschätzung der gegenwärtigen Situation darzulegen.
— Professor Giorgio Agamben an Redaktion DER SPIEGEL und Leserschaft

Wir sind die Opposition!



»DEMOKRATIE IN RÄTEN!« GLOSSE *von Jill Sandjaja*

Das letzte Wochenende habe ich kaum geschlafen, kaum gegessen. Zu aufgeregt war ich. Viele Gedanken schwirrten durch meinen Kopf: Ob Helge Schneider wohl kommt?

Tja, und dann der Verein »Freunde des Mauerparks e.V.«, der sich im Vorfeld schon mit dem Statement »Wir sind nicht eure Bühne« gegen unsere Veranstaltung gewendet hat. Werden die sich trauen, einen demokratischen Beitrag zu leisten — oder belassen sie es bei der faden Aussage?

Oder die Obdachlosen, die ich schon vor zwei Wochen in Schöneberg eingeladen hatte? Was ist mit den Schwurbel-Partei-Antifas? Werden sie vorbeischauen und mir ins Gesicht sagen, dass ich ein Nazi, ein Antisemit sei? Mir, der man deutlich ansieht, dass mein Blut ganz und gar nicht sowas wie arischer Natur ist und, dass mein Opa Jude war — das würde für die Verwirrten wohl auch keine Rolle mehr spielen. Hauptsache ANTI! Na, Herzlichen Glückwunsch! Und dann noch so schön regierungstreu, nicht? Vielleicht doch eher Partei'ntifa?

Die paar Versprengten haben längst den Preis gewonnen für das gegenseitige Zerfleischen der Linken. Sie verfügen schon länger nicht über mehr als zwei Vokabeln: Gegen Rechts. Wobei rechts im Grunde alles sei, was nicht für die totale Konzernherrschaft arbeitet.

Früher war das anders. Zur Erinnerung: In den 1970er Jahren griffen Antifagruppen das Signet der »Antifaschistischen Aktion« von 1932 auf. Beide Fahnen und der Rettungsring waren damals rot und standen für Sozialismus und Kommunismus.

In den 1980er Jahren wurde die kleinere Fahne als Zeichen für den autonomen Anarchismus schwarz; seit 1989 zeigen die Fahnenstangen immer nach rechts.

Gruppen, die dieses Symbol verwenden, verstehen Faschismus im Anschluss an die neomarxistische Kritische Theorie als besondere Form des Kapitalismus und Antifaschismus als Teil eines revolutionären Kampfes zur Überwindung jeder Klassengesellschaft.

Um sich von »bürgerlichen« oder »STAATSKONFORMEN« Antifaschisten abzugrenzen, bezeichnen sie sich als »autonome«, »militante« oder »unabhängige Antifaschisten«. Gleichwohl können sie situativ auch Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen anstreben.

Bevor die vorpubertären, hormongeladenen Kindmenschen, alles, was ihre Rottenführer*in sagt, nachplappern, wäre es angemessen, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

Und nun einmal persönlich: Ich appelliere an eure Solidarität. Hört auf mit der Hetze! Lasst uns beim Thema bleiben. Wir sind keine Verschwörungstheoretiker, nur weil wir eine eigene Meinung haben und uns eine neue Demokratie wünschen. Vielleicht kommt jetzt auch noch der beliebte Satz »Leave No One Behind« von euch. Dann nehmt ihn euch zu Herzen. Wir müssen zusammen halten!

Ich bin jetzt wieder ausgeschlafen, habe gut gegessen und ich meine, dass unsere Veranstaltung »Demokratie im Mauerpark« einmal mehr veranschaulichen konnte, worum es uns eigentlich geht.

Wir lassen uns nicht einfach sagen und glauben machen, was »gut«, was »böse«, was links, was rechts, was eine wahre Pandemie, was ein Grippevirus ist. Wir sind denkende, kritische Menschen, Antifaschisten und NICHT regierungskonform.

Die Regierung hat vielleicht mehr Macht, mehr Geld und wird gestützt durch profitgeile Hengste, aber was sie nicht hat, ist ein Herz — geschweige denn das Bedürfnis, sich wirklich um die Gesundheit der BürgerInnen zu kümmern. Siehe die letzten 20 Jahre Fehlentscheidungen unserer Regierenden! Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei allen Teilnehmern bedanken für die unterschiedlichen Rede- und Musikbeiträge. Und für ihre Unterstützung.

Es waren Ärzte, Heilpraktiker, Flüchtlinge, besorgte Eltern, Musiker, Philosophen, Arbeitslose, auch ein Vertreter der Bergpartei war zu hören. Danke für diese Vielfalt! So war es möglich, den Protesten eine Stimme und ein Gesicht zu geben. Eine Vision, eine Forderung, ein Bericht und eine Kritik in einer öffentlichen Runde ist der Anfang für eine echte Demokratie. Die neue Demokratie einfach mal starten! - ist mein Motto. Reden, reden, reden! Machen, machen, machen. Jeder von uns ist ein mündiger Bürger. Wir können nicht immer nur anderen den schwarzen Peter zuschieben, während wir faul vor Netflix hocken.

Bitte lasst uns über uns selbst bestimmen. Ich fordere eine Räterepublik! Ich fordere ein Miteinander! Ich fordere einen außerparlamentarischen Untersuchungsausschuss! Ich möchte mich auf etwas Positives und auf unsere Zukunft konzentrieren. Ich protestiere solange, bis unsere Regierung abgedankt hat. Diese Regierung ist fertig, ich aber nicht. Nur weil die Maßnahmen gelockert werden, lasse ich nicht locker!

Zum Geleit
EIN DEMOKRATISCHER GRUSS!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion des Demokratischen Widerstandes in Berlin. Wir sind unabhängig von den Parteien oder anderen korrumpierbaren und erpressbaren Strukturen. Wir sind Liberale. Wir sind MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Alte und Junge. Uns ist daran gelegen, dass die liberalen Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind derzeit von der Regierung abgeschafft worden, die sich mit Verordnungen ermächtigt hat.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?
– UND WARUM IN EINER AUFLAGE VON 500.000 EXEMPLAREN?

Ganz einfach! Wir sind Liberale fernab von Parteien und Abhängigkeiten. Wir sind der Ansicht, dass zuviele Menschen von der Regierung in Todesangst gehalten werden. **Die Regierung projiziert ihre eigene Panik wegen des Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus auf uns, die anderen Menschen, die in deren System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben, wie dieses eingerichtet wird.**

Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits das Leben genommen. Viele andere Tragödien spielen sich ab. **Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen — sie gehören alle zu uns.**

Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir vom Demokratischen Widerstand setzen uns dafür ein, dass unsere künftige **Wirtschaftsgesetzgebung (basis-) demokratisch, transparent & ergebnisoffen** verhandelt werden muss. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. Die Angriffe auf unser Vereinskonto, unsere Technik, unseren professionellen Status als Journalisten und unsere persönliche Ehre als Menschen überwinden wir abermals erfolgreich mit dieser siebenten Ausgabe. — *Die Redaktion*

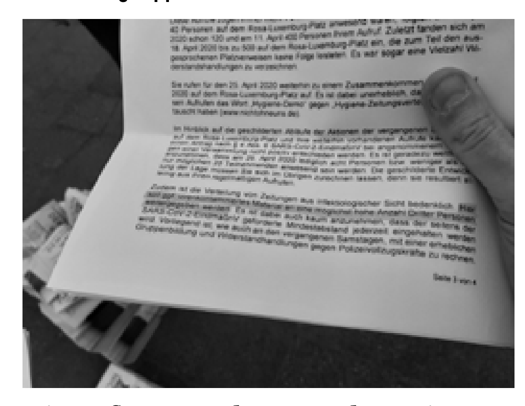


A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

*We are liberals in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany.
We publish and fight to defend our liberal constitution, the basic law – contact us via
NICHTOHNEUNS.DE / demokratischerwiderstand@protonmail.com
Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. Berlin
Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin
Communication Office for Democratic Resistance Berlin*

Verboten

Das Corona-Regime bricht die Verfassung und verfolgt oppositionelle JournalistInnen



Die auflagenstärkste Wochenzeitung Europas und deren Redaktionsmitglieder werden in der Bundesrepublik des Jahres 2020 verfassungswidrig schikaniert und verfolgt. Unsere Antwort: Friedlichkeit und Aufklärung!

Eine besonders irre Stilblüte ist die Behauptung in einem Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, bei der Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND handele es sich um »virenkontaminiertes Material« (Bild oben). Verbunden mit der Androhung, wenn die Zeitung von leitenden RedakteurInnen auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin verteilt werde, würde eine Strafe von 3.500 Euro oder Haft fällig. — Ein fanatisches Regierungsregime will WissenschaftlerInnen, Journalisten und Wahrheitsfindung total unterdrücken. Und schrickt nicht vor offensichtlichstem Schwachsinn zurück. Das Schreiben wurde auf Papier per Hand übergeben. Wie unsere Zeitung auch.

Ein bis dato unvorstellbarer Verbrechenskomplex der politisch Verantwortlichen. Zuletzt wurde sehr wahrscheinlich der parteipolitische Einfluss innerhalb einer städtischen Bank ausgespielt, um den Druck der Ausgabe N° 6 (fast) zu verhindern. Unsere Druckereien bekamen zudem Drohbriefe aus Staats- und Parteipolitik beigeordneten Einrichtungen.

Die Bundesregierung setzt ihren verfassungsbrüchigen Ausnahmezustand fort. Das völlig außer Rand und Band geratene Merkel-Spahn-Regime — davon muss man mittlerweile sprechen — setzt auf ein finales Strohfeuer in der Ökonomie. Und lässt ein wenig Geld zur vorsorglichen Aufstandsbekämpfung drucken — und sehr viel, um etwa die Großeigentümer der Lufthansa zu retten. Wohlgemerkt mit Steuergeldern, die volkswirtschaftlich vermittelbar sein müssen und an anderer Stelle längst fehlen. — Wer nach der Senkung der Mehrwertsteuer auf 16 Prozent und der völlig antidemokratischen Entwicklung der Wirtschafts- und Kontrollgesetzgebung noch Hoffungen hegte, das Corona-Regime werde Lohn- und Umsatzabhägige in eine bessere Zukunft führen, wird in diesen Wochen eines Besseren belehrt. Und sollte sich der friedlichen Opposition auf Basis des Grundgesetzes anschließen. *dr/vs*



Illustration: Kilian Haller

GROSSE KOALITION DER OPPOSITIONELLEN IN ERFURT UND BERLIN!

Ja, es gibt eine Opposition im Deutschland des Jahres 2020 und diese ist liberal im Sinne des Grundgesetzes. Am 07. Mai 2020 fand die Bundespressekonferenz der Großen Koalition der Opposition in Berlin statt.

Am Wochenende feiern Oppositionelle am Samstag ab 14:30 Uhr auf dem schönen Erfurter Domplatz am Minervabrunnen: Und zwar, dass in Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow überhaupt mal ein verantwortlicher Berufspolitiker die Beendigung sämtlicher Corona-Restriktionen zum 6. Juni verkündet hatte — er musste jäh umkehren. Und doch treffen wir uns von der DW-Redaktion mit *nichtohneuns.de* Erfurt und den Ärztinnen und Ärzten für Aufklärung. Wir begrüßen besonders Hermann Ploppa als Redner.

In Berlin geht es am Sonnabend ab 14:00 Uhr an der Siegessäule los. Die Chefredakteurin dieser Ausgabe, Anne Höhne, wird dort sprechen. Und selbstverständlich geht die siebente Ausgabe auch durch die ganze Republik. *Siehe Seiten 6 und 7*

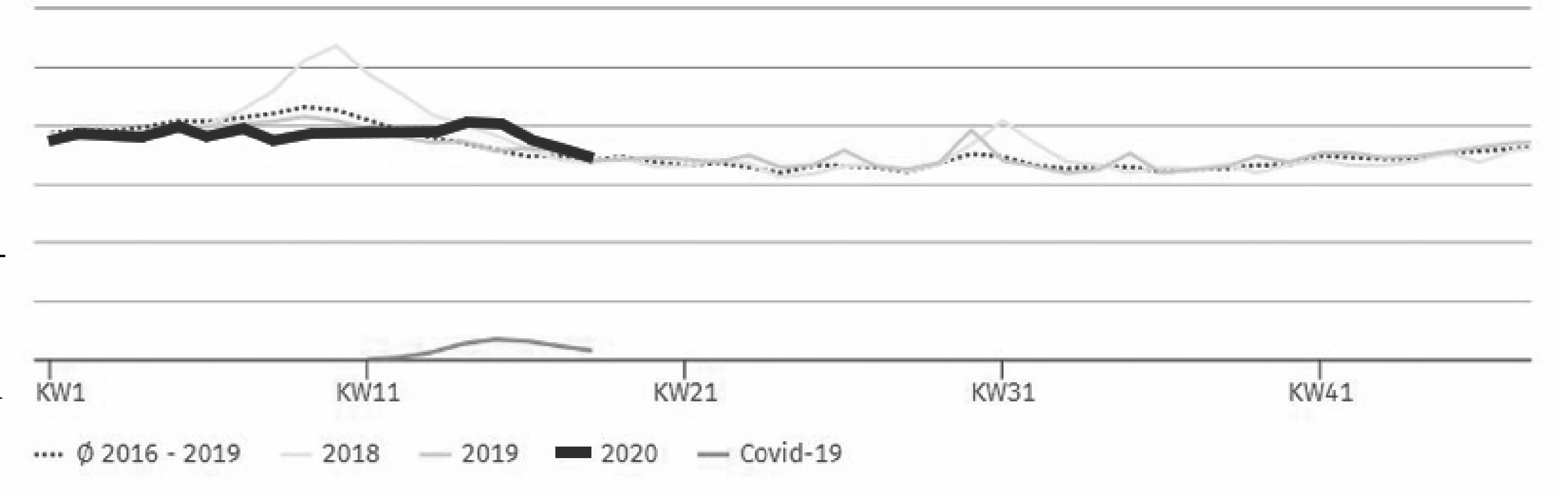
ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, dass uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermässiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Massnahmen, übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismässigkeit. Die Einschränkung bzw. Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik bis zum 3. Mai 2020. Der gefettete Graph stellt die Sterbefälle in unserem Jahr 2020 dar.

Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen von 2018 und ähnlich den Zahlen von 2018, 2017 und 2016 liegt. Es gibt demnach keine völlig außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns als Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall.

Die Statistik ist die aktuellste des Statistischen Bundesamtes.

NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

»Für so drastische Maßnahmen fehlen schlichtweg die Zahlen. Dass man Patienten mit Vorerkrankungen und ältere Menschen in Kranken- und Pflegeeinrichtungen besonders schützt, ist völlig in Ordnung und erforderlich. Grippe und Coronaviren, das ist bekannt, gefährden Ältere besonders. Das Herunterfahren vieler Betriebe, die Schließung von Schulen und Kindergärten und sogar Ausgangsbeschränkungen — für all das gibt es aber aus medizinischer Sicht keinen Grund. (...) Das ist keine Pandemie. Eine Pandemie ist für besonders viele Todesfälle verantwortlich. Die sehe ich nicht. Die Begrifflichkeit ist also nicht angebracht. Dann müssten wir auch bei der Grippe jedes Jahr so drastische Maßnahmen ergreifen.« — Professor Dr. Siegwart Bigl, Mediziner, Mitglied der sächsischen Impfkommission

»Die Zahlen für Winter/Frühjahr 2019/2020 sind normal: »Einige Experten zeichnen Horror-Szenarien, andere sehen es mit kühlem Kopf. Wäre uns das Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle« — Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik in Bonn.

WIDERSTAND INTERNATIONAL DEUTSCH

EIN STAATSSTREICH IN GESUNDHEITLICHEM GEWAND

— von Lucía Hernandes, Bogotá, Kolumbien

Entgegen der Behauptung von Politik und Medien, dass die Einschränkungen unserer Grundrechte nur vorübergehend seien und auch nur zu unser aller Schutz vor einem angeblich hoch gefährlichen Virus durchgeführt werden, wird die Welt, wie wir sie kannten, der Vergangenheit angehören. Auch wenn es zu Lockerungen kommen wird, werden diese an Forderungen nach noch mehr Kontrolle und Überwachung gekoppelt sein.

Es geht hierbei nicht um den Schutz vor einem Virus, dessen Gefährlichkeit von vielen Ärzten, Virologen und sonstigen selbständig denkenden Menschen sehr in Frage gestellt wird, sondern darum, mehr Macht und Kontrolle über die Bevölkerung zu erlangen, um sich bei dem kommenden Zusammenbruch von Wirtschaft und Finanzwesen, welcher auch ohne diese Pandemie sehr bald stattgefunden hätte, vor möglichen Aufständen zu schützen oder diese unmöglich zu machen.

Zudem dient sie als perfektes Ablenkungsmanöver, welches die Menschen glauben lassen soll, dass der Zusammenbruch nichts mit diesem Wirtschafts- und Finanzsystem zu tun hat, dass die Schuld nicht bei Großbankiers, Großindustriellen, Finanzspekulanten, korrupten Politikern, propagandistischen Medien und speichelleckenden Journalisten, sondern ganz allein bei einer Armee eines sich ausbreitenden »höchst gefährlichen« Virus liegt.

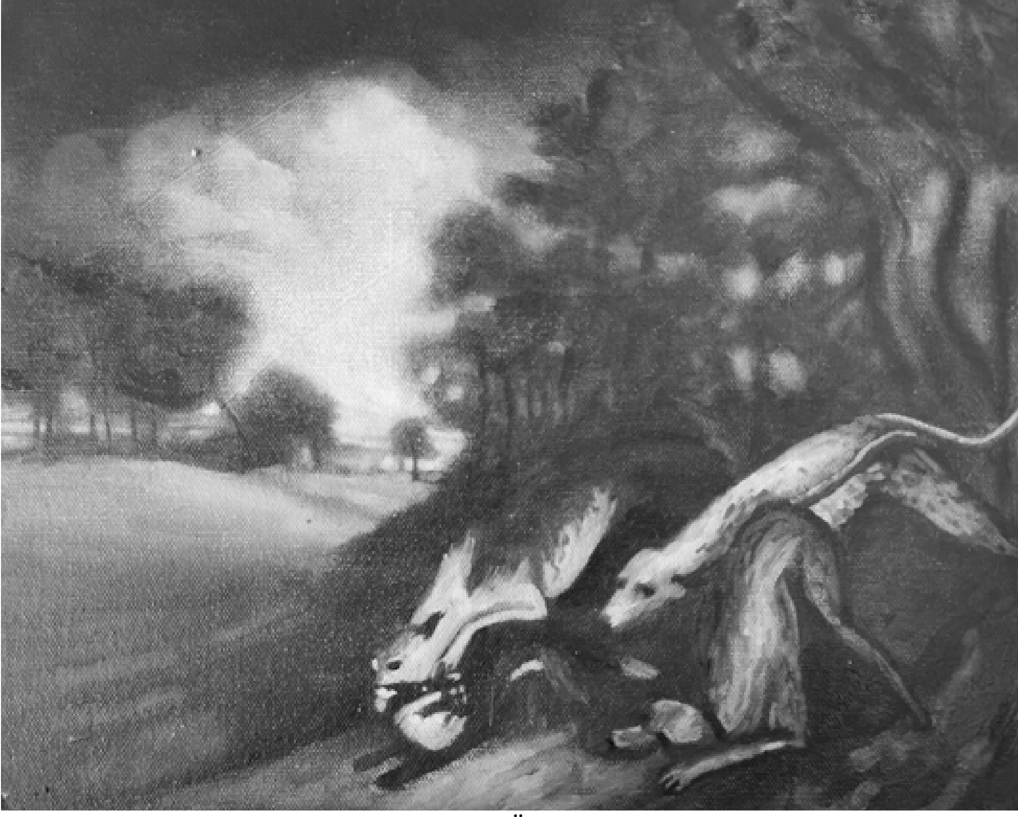
Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, welche bewusst die Zerstörung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zum großen Vorteil der Großunternehmen herbeiführen werden, dienen dem schon seit längerer Zeit stattfindenden Niedergang der weltweiten Wirtschaft nur als Beschleuniger. Die stagnierende Realwirtschaft und die realitätsferne, aufgeblasenen Finanzwirtschaft wären auch ohne die Pandemie zu Fall gekommen und nach dem Zusammenbruch und Neustart des Systems wird das Großkapital noch mehr Macht und Kapital in seinen Händen konzentrieren können.

Mit Hilfe einer weltweiten, kontrollierten Massenpanik sollen die Menschen freiwillig sich ihrer Freiheiten und Rechte entledigen, sollen sie bedingungslos sich all den totalitären Forderungen von korrupten Politikern, Wissenschaftlern und »philanthropischen« Milliardären beugen oder sie selbst einfordern, soll sie der Wahnsinn dazu bringen, sich vor ihren Herrschern auf die Knie zu werfen, um darum zu bitten, dass ihnen endlich Fesseln angelegt werde.

In den vergangenen Jahren gab es weltweit Proteste gegen die unwürdigen Bedingungen, die dieses Gesellschaftssystem für die Mehrheit der Bevölkerung erzeugt. Sei es in Ecuador, Kolumbien, Bolivien, Chile, Bangladesch, Indien oder Frankreich, weltweit protestierten die Menschen gegen die sich immer weiter verschärfende soziale Ungleichheit, die gnadenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und gegen die Entwürdigung ihres Lebens.

Es war an der Zeit, dass die Klasse der Ultrareichen und deren Handlanger den, von ihnen schon seit langem beeinflussten, weltweiten gesellschaftlichen Transformationsprozess beschleunigen. Ihr Ziel ist die weltweit absolute Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen einer kleinen Minderheit, die Zentralisierung und Lenkung aller menschlichen Aktivitäten mit Hilfe eines durch Algorithmen gesteuerten, digitalen Überwachungs- und Kontrollsystems.

Aus einer geschichtsphilosophischen Perspektive könnte man behaupten, dass dies die Evolution der Macht vom primitiven und brutalen Prinzip der lokalen Herrschaft durch Feuer und Schwert hin zur globalen Technokratie ist, in der die Gesellschaft einer Maschine gleicht, welche von den modernen Herrschern in Gang gesetzt wird.



»Der Tod des Kapitalismus«, Louise Thomas. Ölmalerei auf Leinwand, März 2020

Deswegen sollten wir uns dem Abbau unserer in Jahrhunderten erkämpften Freiheiten und dem Ausbau von noch mehr Überwachung und Kontrolle vehement widersetzen. Was wir für eine wahrhaft freiheitliche und demokratische Grundordnung brauchen, ist nicht *mehr* Zentralisierung und *weniger* Demokratie, sondern einen radikalen Föderalismus und eine wirkliche Demokratie, in der nicht korrupte Politiker, sondern die Bürger selbst die Entscheidungen treffen.

Das, von unten bestimmte politische System sollte ein Spiegel der Bedürfnisse und Wünsche der gesamten Bevölkerung sein und allen den Wohlstand ermöglichen können.

WIDERSETZEN WIR UNS DEN TOTALITÄREN BESTREBUNGEN DER ULTRAREICHEN HERRSCHERKASTE UND IHRER HANDLANGER IN POLITIK, MEDIEN UND WISSENSCHAFT UND KÄMPFEN WIR FÜR FREIHEIT, GLEICHHEIT UND GESCHWISTERLICHKEIT! DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR!

RESISTENCIA INTERNACIONAL ESPAÑOL

UN GOLPE DE ESTADO CON APARIENCIA SANITARIA

— de Lucía Hernandes, Bogotá, Colombia

En contra de la afirmación de la política, de los medios de comunicación y de la creencia ingenua de la gran mayoría de la población en cuanto que estas restricciones de nuestros derechos básicos serán momentáneas, transitorias y están implementadas para protegernos contra un virus que supuestamente es altamente peligroso, hace que este mundo tal y como lo conocíamos pertenezca ya al pasado.

Aun cuando disminuyan las restricciones, éstas serán combinadas con exigencias de más control y vigilancia, ya que no se trata de la protección a un virus, cuya peligrosidad está muy cuestionada por muchos médicos, virólogos y otras personas con la mente crítica, sino de conseguir más poder y control sobre la población para protegerse o evitar la aparición de nuevos disturbios ante el colapso financiero y económico, el cual hubiese surgido sin esta pandemia.

Además, sirve como una maniobra de distracción perfecta, para hacer creer a la gente que el colapso no tiene nada que ver con este sistema económico y financiero, que los culpables no son los grandes banqueros y magnates, especuladores financieros, políticos corruptos, medios de comunicación propagandísticos y periodistas aduladores, sino solamente un ejército de un virus „altamente peligroso".

Las medidas tomadas para detener la pandemia no solo destruirán a empresas pequeñas y medianas intencionalmente, sino que además de beneficiar a las grandes empresas contribuirá a la caída de la economía global funcionando simplemente como acelerador a una crisis que desde hace un tiempo ya estaba en desarrollo. La economía estancada y financiera inflada y alejada de la realidad hubieran caído de todas formas sin esta pandemia por lo que el colapso y reinicio del sistema haría más poderosos a los grandes capitalistas.

Con la ayuda de un pánico global controlado la gente deberá voluntariamente renunciar a sus libertades y derechos, deberá someterse a todas las exigencias totalitarias de políticos y científicos corruptos y billonarios „filántropos" o pedirlas por ellos mismos; deberá la locura llevarlos a arrodillarse delante de sus soberanos y pedirles que por fin les pongan las cadenas.

En los últimos años han habido protestas por todo el mundo en contra de las condiciones indignas que este sistema social crea para la mayoría de la población, en Ecuador, Colombia, Bolivia, Chile, Bangladesh, India o Francia, en todo el planeta la gente ha protestado en contra de la explotación laboral, de la indignación de sus vidas y en contra de una desigualdad social que cada vez se agrava más.

Estamos en el momento de que la clase de los „superricos" y sus lacayos aceleran el proceso de transformación social global, el cual desde hace mucho tiempo ha estado influenciado por todos ellos. Su objetivo es la concentración global y absoluta del poder político y económico en manos de una pequeña minoría, de la centralización y el control de todas las actividades humanas con la ayuda de un sistema de vigilancia digital, que será manejada por algoritmos.

Desde un punto de vista histórico-filosófico se podría afirmar que esto es la evolución del principio primitivo y brutal del dominio local con la ayuda del fuego y la espada hasta una tecnocracia global en la cual la sociedad parecerá una máquina que será puesta en marcha por los soberanos modernos. Por todo ello, deberíamos oponernos de forma vehemente a la reducción de nuestras libertades, las cuales hemos ganado luchando por siglos, así como a las dinámicas de ampliación de más vigilancia y control. Lo que necesitamos no es más centralización sino un federalismo radical y una democracia verdadera, en la cual los ciudadanos mismos y no los políticos corruptos tomen las decisiones. El sistema político deberá ser un espejo de las necesidades y deseos de toda la población para poder favorecer el bienestar a todos.

OPONGÁMONOS A LAS ASPIRACIONES TOTALITARIAS DE LA CLASE DE LOS „SUPERRICOS" Y SUS LACAYOS EN LA POLÍTICA, LOS MEDIOS DE COMUNICACIÓN Y CIENCIA. LUCHEMOS POR LIBERTAD, IGUALDAD Y FRATERNIDAD!

¡LA DIGNIDAD HUMANA ES INTOCABLE!

Lucía Hernandes es autora y cocinera in Colombia (contribución original).

Lucía Hernandes ist Autorin und Köchin in Kolumbien (Originalbeitrag). Übersetzung ins Deutsche: Red.

GESPRÄCHSKREISE, KONTAKTE HALTEN, FRIEDLICH BLEIBEN

AUF IN DEN SOMMER DER DEMOKRATIE!

EIN RATGEBER BEI VERZWEIFLUNG — *von Anne Höhne, Berlin*

Am 28. März 2020 fand der erste Spaziergang für das Grundgesetz auf dem Rosa-Luxemburg-Platz statt. Auf dem Weg zum Supermarkt oder bei sportlicher Betätigung lief man sich zufällig gegen 15:30 Uhr über den Weg. Es wurden Grundgesetze und Flugblätter verteilt. Von Beginn an sahen sich die SpaziergängerInnen einer unterdrückenden Senatsgewalt gegenübergestellt. Auch die Partei-Antifa ließ nicht lange auf sich warten und ergoss sich in Oden gegen Rechts —? Was das mit den Spaziergängern zu tun haben soll, und nicht gemeinsam demonstriert wurde, ist bis heute unerklärt.

Seitdem fanden in der gesamten Republik hunderte Demonstrationen statt. Zum Erhalt der Menschenrechte, der Gewaltenteilung, gegen obrigkeitsstaatliche Schikanen, für die Würde von Alten und Kranken, die Einführung des imperativen Mandats und eine (basis-)demokratische Aushandlung neuer Wirtschaftsgesetze. Organisiert und gesammelt wurde sich über das Forum der Regionalgruppen auf nichtohneuns.de und in den sozialen Netzwerken. Darüberhinaus entstanden Initiativen wie Ärzte-für-Aufklärung, das IBAM-Netzwerk, Widerstand2020 und alle weitreren.

GRUPPEN UND RÄTE WIE IM ALTEN ATHEN

Parallel zu den großen, öffentlichen Netzwerken entstanden bundesweit kleinere, dezentral organisierte Gruppen oder Bündnisse, die in regelmäßigen Abständen tagen und über politische Ereignisse und Entscheidungen nach attischem Vorbild diskutieren. Neben den Belangen der Menschen vor Ort, werden die zukunftsträchtigen Fragen unserer Zivilisation analysiert und ergebnisoffen diskutiert. Die einzelnen Gruppen tauschen sich in Foren untereinander aus, teilen Ergebnisse und stellen Fragen und Antworten zur gruppenübergreifenden Diskussion.

Am 30. und 31. Mai 2020 tagte im Berliner Mauerpark der erste öffentliche Rat. Eine zentrale Aushandlung für Menschen aus ganzen Republik, Demokratinnen und Demokraten, kritische Servicekräfte, Juristen, Arbeitslose, Ärzte, Handwerkerinnen und friedliche Gelbwesten, die zahlreich besucht wurde. Einen Corona-Ausschuss wird es geben. Da die Parlamente ihn nicht leisten wollen und auch nicht können, werden wir das selber machen. Zusammen mit Ärzten, Rechtsexperten und Journalisten. Im Mauerpark wurde der Anfang gemacht.

Nun sind wir viele Meilen voran demonstriert und können uns der ersten Erfolge erfreuen. So werden beispielsweise die Einschränkungen in Thüringen aufgehoben und Demonstrationen in Berlin finden endlich wieder ohne Teilnehmerbeschränkungen statt. Doch bei all dem Zucker, darf der Ernst der Lage nicht vergessen werden. Wir brauchten den dunklen Spiegel des Lockdowns, um zu erkennen, dass soziale Demokratie längst vom Horizont verschwunden ist. Wir befinden uns in einem stürmischen Ozean. Der alte Kahn der Bundesregierung erschafft im Absinken einen letzten Strudel, der allen Dreck und Irrsinn aufspült. Der Sog der abdankenden Regierung zieht auch die öffentlich-rechtlichen Qualitätsmedien in die Tiefen der Vergangenheit. Ahoi!

Doch der Kampf ist nicht vorbei und noch ist kein Land in Sicht. Wir revolutionieren auf leichten Flößen der Freiheit und die Gefahr auseinander zu treiben ist nicht klein zureden.

Dass es nach dem Lockdown nicht wieder so sein kann wie davor, ist selbsterklärend. Selbst wenn alle Maßnahmen zurückgenommen würden — wie sollen die finanziellen Verluste der BürgerInnen je ausgeglichen werden? Wie soll die Traumatisierung der Kinder aufgearbeitet werden? Wie soll Vertrauen anstelle der Denunziation treten? Es geht nicht mehr zurück und es gilt neue Formen des Miteinanders zu erproben.

Es Bedarf neuer Arten der Vernetzung, gewaltfreier Gesprächsführung, des Wirtschaftens und letztendlich auch des politischen Handelns.

Verharrend in alten Verhaltensmustern kann zwar alles Bisherige ausgehebelt, doch nichts wirklich Neues erschaffen werden. Zwar muss das große Ziel am Horizont angepeilt, die Strömungen und Winde auf der Überfahrt aber niemals vernachlässigt werden. Jede Idee, die wir jetzt hervorbringen, ist stets eine These. Die zukünftigen Erfahrungen und Probleme, die wir nicht sehen können, werden neue Antithesen erzwingen. Es gilt jetzt also nicht, eine fertige Demokratie herauszuarbeiten, sondern alles zur Verfügung zu stellen, sodass in Zukunft sinnvoll und nachhaltig über diese entschieden werden kann.

HERAUSFORDERUNGEN

Es ist zwingend notwendig, sich den anfallenden Herausforderungen zu stellen und konstruktive Lösungen zu erarbeiten.

1. Wie soll mit Spaltungsversuchen innerhalb der Protestbewegung umgegangen werden?
2. Wie soll mit Angst vor Erwerbsverlust umgegangen werden?
3. Wie umgehen mit sozialer Ausgrenzung?
4. Welche Zwischenschritte liegen auf dem Weg zu einer neuem Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung?
5. Wie können wirtschaftliche Abhängigkeiten aufgelöst werden?

WAS KANN ICH TUN?

Die bundesweiten Proteste wurden von Beginn an von Gegendemonstrationen begleitet. Angeblich kämpfen letztere gegen Rechts. Diese Einstellung begrüßen wir herzlich und laden erneut ein, gemeinsam Seite an Seite gegen die verfassungsbrüchige Regierung und faschistoides Gedankengut aufzustehen. Her zu uns!

Danke an alle systemrelevanten Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, dem öffentlichen Nahverkehr, der Versorgung. Sie brauchen keine Angst zu haben, Ihren Job zu verlieren. Bei diesen Hungerlöhnen wird da wohl keine was wegschnappen. Diejenigen, die nicht systemrelevant erwerbstätig sind und noch nicht vollends vor dem finanziellem Ruin stehen: Abwarten. Inflation und Weltwirtschaftskrise erreichen auch Sie. (Immerhin sind Schulden dann auch nichts mehr Wert.)

WIR BLEIBEN FRIEDLICH

Die Spaltung durch Familie und Freundeskreise hat längst stattgefunden. Trägst du noch Maske oder verschwörst du dich schon? Die Zeiten der blinden Gefolgschaft sollten wir endlich hinter uns lassen und für unsere Werte einstehen. Die anderen werden früher oder später den Unrechtsstaat erkennen! Es geht ja kaum noch peinlicher als das, was sich die Regierenden samt Mainstreampresse geleistet haben.

Diskussionen über politische Ordnung auf dem Grund des letzten Glases Gin gehören der Vergangenheit an. Es gilt nun, die Protestbewegung zu professionalisieren. Wir brauchen besserere Vernetzung — persönlich wie digital. Demokratische Räte müssen in jeder Stadt und jeder Gemeinde etabliert werden! Nur so können Voraussetzungen für eine verfassungsgebende Versammlung geschaffen werden. Darüberhinaus müssen weiterhin Briefe und Emails an Gerichte, Kommunen, Universitäten und die (formal noch bestehende) Bundesregierung geschrieben werden.

Eine Idee: Konsumstreik jetzt! Fernseher bleiben aus, Zeitungen im Laden. Einkäufe nur noch auf das Lebensnotwendigste beschränken und nach Möglichkeit auf alternative und umweltfreundliche Netzwerke (z.B. Foodsharing, solidarische Landwirtschaft, Nachbarschaftshilfe) in deiner Nähe umsteigen. Autos bitte stehen lassen. Es ist ebenfalls eine Überlegung wert, zu streiken.

»GELBE« GEWERKSCHAFTER

Da Gewerkschaften mit der Abnahme von Presseausweisen vollkommen überlastet zu sein scheinen — dies soll in dieser Redaktion geschehen —, ist es nun auch Aufgabe der Bürgerschaft, dem Arbeitsmarkt Einhalt zu gebieten. Wie wäre es denn damit, sich montags einen Ruhetag zu gönnen? Dass mensch nach der ganzen Panik psychisch völlig am Ende sein kann, lässt sich leicht per Mail bescheinigen.

AMERIKA IM CORONA-BÜRGERKRIEG

— von Hermann Ploppa, Marburg

Es herrscht Bürgerkrieg in den USA. In über vierzig Großstädten stehen Barrikaden. Polizisten sehen sich Demonstranten gegenübergestellt, die nicht mehr zurückweichen: »We are no longer afraid of you!« Wir haben keine Angst mehr vor Euch Uniformierten, sagen sie.

Die Polizisten agieren kopflos und schießen Gumigeschosse oder Pfefferspray in die Menge. Die Polizisten haben keinen Plan und keine Ahnung, wie sie mit der Situation umgehen sollen. Sie erleiden in vielen dieser Städte »militärische Niederlagen« gegen die Protestierenden. Das ist die Stunde, wo Plünderer und Brandstifter auftauchen und wo friedvoller Protest in sinnlose Gewalteskalation umschlägt. Polizisten haben wahrlich nichts zu lachen in den USA. Über vierhundert Millionen Waffen befinden sich in privatem Besitz. Bewaffnete Demonstranten umlagerten schon in der harten Zeit des Corona-Regimes die Regierungsgebäude einzelner US-Bundesstaaten mit entsicherten Gewehren. Dies ist kein Räuber- und Gendarm-Spiel mehr. Hier wird die Machtfrage gestellt.

Der grässliche Erstickungstod des George Floyd durch Polizeigewalt hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Afroamerikaner sind am schlimmsten von jahrzehntelanger Verarmungspolitik und Repression getroffen. Dass der Protest so schnell die Grenzen von Minderheiten durchbrechen konnte, hat seine Ursache in der augenblicklichen Corona-Politik fast aller Länder im Einflussbereich der USA.

Ob kollateral oder absichtsvoll: das Corona-Regime reißt die soziale Kluft zwischen arm und reich weiter auf. Pleitewellen. Die Arbeitslosigkeit wächst seit Ausbruch des Corona-Regimes in den USA von 6 auf aktuell über 23 Millionen Personen an. Mindestens eine halbe Million US-Bürger sind obdachlos. 38 Millionen Menschen in den Staaten müssen durch Essensmarken vor dem nackten Verhungern bewahrt werden. Wobei diese Mittel Trump bereits kürzt. Selbst der Präsident muss sich den Weg vom Weißen Haus zur Washingtoner Johanniskirche durch harte Garde freiprügeln lassen.Was US-Verteidigungsminister Mark Esper von der »Beherrschung des Schlachtfeldes« sprechen ließ. Und in der Tat: weil sich die Polizei als absolut unfähig erwiesen hat, sollen nun ganz offiziell Militäreinheiten von Luftwaffe, Infanterie und Gebirgsjäger für »Ordnung« in Amerika sorgen. Steht hier ein Militärputsch ins Haus?

In Deutschland müssen die Politiker noch hart daran arbeiten, die Bundesbürger derart zu quälen und zu erniedrigen, dass sie einen Bürgerkrieg einer fatalistischen Hungerwelt nach Corona vorziehen werden. Lassen wir es gar nicht erst soweit kommen!

Netzwerk

IMMER SAMSTAGS AB 14:30 UHR AN ZENTRALEN PLÄTZEN BUNDESWEIT

Alle 8 Minuten findet ein Demokrat einen Mitstreiter!

Das überparteiliche Netzwerk für die Republik »Nicht ohne uns!« setzt sich seit 28. März jeden Samstag ab 14:30 Uhr bundesweit für das Grundgesetz ein. Die Karte zeigt die dezentralen Versammlungen und Gruppen.

NICHTOHNEUNS.DE/REGIONAL

MÜNCHEN MAL WIEDER TABELLENFÜHRER

Von Emil Schwindel

Auf der Theresienwiese in München versammelten sich am 30. Mai rund 800 friedliche DemontrantInnen. Am vorangegangenem Wochenende musste die Versammlung aufgrund von Sturm und Regen abgebrochen werden. Umso zahlreicher erschienen die Münchner in Sonnenschein und guter Laune. Es fanden friedliche Meditationen statt, zahlreiche Reden wurden gehalten, es wurde diskutiert und musiziert. Das fröhliche Miteinander war eine der größeren Demonstrationen des vergangenen Wochenendes in Deutschland. Weiter so!

nichtohneuns.de/regional

Foto: Eva Huber



KRISE OHNE AUSWEG?

— von Jaqueline Khelouf, Leverkusen

Was am Jahresanfang noch eine neuartige Grippe aus China war, ist mittlerweile eine weltweite Bedrohung für das gesellschaftliche Leben, die Wirtschaft und das Recht. Was zunächst nach einer einfachen Grippewelle aussah, ist mittlerweile Freiheitsberaubung und Schikanierung der Zivilbevölkerung — in unserem Land und weltweit. Damit ist nicht SARS-CoV-2 gemeint, denn das Virus selbst (sei es nun natürlicher Herkunft oder ein Labor-Erzeugnis) hat sich nicht dafür entschieden eine politische Waffe zu sein. Ginge es bloß um einen Virus, würde unser Immunsystem für eine Abwehr sorgen; gegen die Spielereien der Politik müssen wir mit Körper und Geist aufstehen.

Ich habe das ganze Corona-Drama Anfang März noch nicht ernst genommen; habe nicht daran geglaubt, dass die Massen sterben werden und sich dadurch der Alltag verändert. Mit dem »Lockdown« am 23. März jedoch begriff auch ich das Ausmaß dieses Spiels. Eine nicht abzusehende gesundheitliche Bedrohung entwickelte sich plötzlich zu einer allumfassenden Krise. Alle Veranstaltungen wurden abgesagt, Universitäten und Läden geschlossen, man durfte nicht mehr rausgehen.

Und dann? Das Ganze schien sehr undurchdacht und vor allem undurchsichtig. Wussten die Politiker mehr über das Virus als sie zugaben? Wollten sie uns schützen, weil sie mit Sicherheit wussten, dass die meisten nicht überleben würden? Wollten sie schweigen, um keine Panik zu verbreiten? Klare Antworten bekommen wir nicht und wer den Aussagen von Politik und Medizin in den allseits bekannten Nachrichtensendungen folgt, wird dadurch nur weiter verwirrt. Menschen beginnen zu hinterfragen, andere Medien und Kanäle zu nutzen, andere erfahrene Stimmen zu hören und sich umfassend zu vernetzen.

Man muss sich plötzlich ständig fragen: Mit welcher Rechtsgrundlage? Mit welcher Rechtsgrundlage wird unsere Freiheit eingeschränkt? Werden wir durch die Mainstream-Medien belogen; wird unserer Wirtschaft geschadet und unsere Bildung eingeschränkt?

Bisher war ich (leider erst) an drei Samstagen auf der Straße — in Düsseldorf und Berlin. Dort habe ich viele liebenswürdige, aufgewachte Menschen kennengelernt, die weder rechtsradikal, noch geistig umnachtet sind — und die eine großartige Sache für das demokratische Volk leisten. Denn unsere demokratischen Rechte sind nach wie vor eingeschränkt und um diese zurückzuerlangen, lohnt es sich die Stimme zu erheben.

EINIGES HABEN WIR ZUM GLÜCK SCHON ERREICHT:

1. In Berlin dürfen Demonstrationen wieder mit uneingeschränkter Teilnehmerzahl stattfinden. Dieses Recht darf nicht nur für Demonstrationen gelten, sondern auch für alle anderen Veranstaltungen und private Treffen!

2. Viele Menschen hinterfragen bereits die Entscheidungen der Regierung und die Wirkung der »Schutzmaßnahmen.« Viele Menschen widersetzen sich im Stillen, indem sie als Kunde oder Fahrgast des ÖPNV keine Maske tragen und Ladenbesitzer und Schaffner dies dulden. Die Maskenpflicht muss komplett aussetzen und die Entscheidungen der Regierenden werden vor einen Corona- Untersuchungsausschuss gestellt werden!

3. Schulen und Universitäten dürfen teilweise wieder öffnen. Doch was ist eine Universität mit Online-Studenten und einer geschlossenen Bibliothek? Alle universitären und schulischen Einrichtungen müssen wieder geöffnet werden! Zugang zu Bildung – uneingeschränkt!

4. Einige PolizistInnen lassen uns friedlich auf der Straße unser Wort erheben. Andere dagegen gehen immer noch repressiv, brutal und willkürlich gegen DemonstrantInnen vor. Damit erzeugen sie den Eindruck, der Demokratische Widerstand sei eine aggressive Schlägerbande ohne Respekt. Das darf so nicht sein!

5. Die Menschen, die sich jeden Samstag versammeln, sprechen sich gegenseitig Mut zu und tragen Hoffnung in die Welt. Diese positive Kraft sollte gerade die Menschen, die durch die Maßnahmen der Regierung vereinsamen und in Angst leben, erreichen. Zu diesen Ängsten gehört vor allem auch die Angst vor dem finanziellen Bankrott. Der Staat muss mit Geldern, die für Militär und Krieg ausgegeben werden, das eigene Volk unterstützen und entschädigen!

Wir haben bisher einiges geschafft — vor allem haben wir die Menschen dazu angehalten, ihr bisher bekanntes Welt- und Rechtsbild zu hinterfragen. Wir werden immer mehr. Diese Krise ist nicht ausweglos, aber den Ausweg müssen wir selbst beschreiten denn die Regierung wird das nicht tun.

nichtohneuns.de/regional

»WAS WIR IN KASSEL WIRKLICH WOLLEN«

Von Heike Nehring

Seit dem 11. April 2020 gehen die Menschen in Kassel auf die Straße, um für die Grundrechte zu demonstrieren. Zu Beginn wurden wir von der Polizei drangsaliert und Anzeigen wurden erstattet. Es gab unfassbar unsachliche Artikel in der hiesigen Tageszeitung mit den üblichen Verleumdungen und Vorurteilen.

Inzwischen ist in Kassel viel geschehen. Immerhin hat die Presse kapiert, dass wir keine Rechten sind und auch die Gegendemo blieb ein einmaliges Ereignis. Von 9 Demonstrantinnen sind wir auf ungefähr 200 gewachsen. Wir haben ein eigenes Forum im Netz mit vielen NutzerInnen, Beiträgen und der Möglichkeit, sich zu vernetzen.

Es gibt regelmäßig Meditationen und auch Spaziergänge zu den Versammlungen. MusikerInnen haben sich gefunden und begleiten unseren Protest als Widerstands-Band, die inzwischen auch schon nach Lüneburg zur Demo eingeladen wurde.

Eine Gebärdendolmetscherin stellt sich zur ehrenamtlich zur Verfügung. Das Orga-Team besteht stabil aus vier Personen und es kommen immer mehr dazu. Unser Protest wird kreativer und vielfältiger und die Bereitschaft, mitzuwirken und zu spenden ist hoch. Unsere Ausrichtung ist immer friedlich, positiv und sachlich gewesen und die Zusammenarbeit mit der Polizei wird von Woche zu Woche besser.

Am vergangenen Samstag haben wir die TeilnehmerInnen gefragt, weshalb sie auf der Straße sind. Das ist ein Ausschnitt aus den Ergebnissen:

»Wir wünschen uns einen Staat, der uns Bürger und unsere Rechte schützt, auf der Basis von bestmöglich gesicherten Erkenntnissen.«
»Ich möchte in Freiheit und Liebe leben.«
»Wir wollen Volksvertreter, die in unserem Sinne und zu unserem Wohl handeln«
»Ich hoffe und wünsche mir, dass meine neun Enkelkinder in einer Demokratie aufwachsen dürfen, wo die Grundrechte geachtet werden.«
»Ich will keine Polizeigewalt gegen wehrlose Bürger. Zur Aufarbeitung eine Wahrheitskommission wie in Südafrika. Ein zugleich ehrliches wie versöhnliches Klima für die Aufarbeitung.«
»Ich brauche Solidarität.«
»Wir wollen unsere Grundrechte zurück!«
»Für eine ehrliche, offene, direkte Demokratie und ganzheitliche Gesundheits- und Umweltpolitik.«
»Friedfertige gleichberechtigte Diskussion verschiedener Fachleute unter Wahrung des Art. 1 GG.«
»Mehr Demokratie wagen!«
»Transparente Entscheidungsfindung durch bundesweite Volksentscheide.«
»Wir wollen uns austauschen, in gegenseitigem Respekt und Solidarität.«
»Freie Impfentscheidung. Breit gefächerte Medizin.« — Dauerhafter Austausch erwünscht!

Kontakt: nichtohneuns-ks.de

EIN VATER KÄMPFT FÜR SEINEN SOHN — MIT DER UNTERSTÜTZUNG STARKER FRAUEN

BERICHT VOM FINALE DER 600 KILOMETER GEGEN DAS CORONA-REGIME *von Petra Panter*

Tränen flossen als Maurice Kolloff (37) und sein Sohn Ceejay (13) am Mittwochabend nach über 600 Kilometern zu Fuß den Reichstag in Berlin erreichten.

Den Protestmarsch führte der Vater mit dem Sohne an, im Hintergrund wirkten jedoch starke Frauen wie Julia Wagner (43), eine technische Zeichnerin aus Willstätt. Wagner wählt bescheidene Worte, wenn sie über ihre Rolle bei dem Protestmarsch spricht: »Ich fahre nur das Versorgungsauto.«

Tatsächlich haben auf dem langen Marsch nach Berlin viele Frauen den beiden mutigen Recken den Rücken gestärkt, Unterstützung geleistet, Pressevertreter mobilisiert und so für Öffentlichkeit gesorgt. Losmarschiert waren die Kolloffs in Schömberg, der ernannten »Glücksgemeinde« im Schwarzwald. Über Gemmingen, Ahorn, Kürnach, Stadtlauringen, Ilmenau, Umpferstedt, Merseburg, Uthausen und Beelitz führte die Freiheitskämpfer ihr langer Lauf zum Reichstag in der Bundeshauptstadt. Dort angekommen, wurden die beiden Männer mehrheitlich von Frauen begrüßt und umarmt.

GESAMMELTE BRIEFE AN DIE KANZLERIN

In allen Orten, die sie durchliefen, sammelten sie Briefumschläge ein, adressiert an die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die stand am Mittwochabend jedoch nicht zur Verfügung, um ihre Post persönlich in Empfang zu nehmen.

Maurice und Ceejay sagten über das Ziel ihres Protestmarschs: »Wir fordern die sofortige Beendigung aller Maßnahmen und die Entlassung aller Politiker, die maßgeblich an der Unterdrückung der Grundrechte beigetragen haben. Auch fordern wir Strafen für diese Menschen.«

Um dieses Ziel zu erreichen, nahmen Vater und Sohn neben körperlicher Erschöpfung, Blasen an den Füßen und schlechtem Wetter auch allerlei Unverständnis einiger Lehrer und Mitschüler von Ceejay auf sich. »Hart im Nehmen mein Sohn. Bin so stolz auf Ihn«, sagte Maurice am Ende eines langen und entbehrungsreichen Tages über Ceejay. Für diese ungewöhnliche Art des Protests bestand kein Medieninteresse.

Hinter den Kulissen der großen Bühnen sind es überwiegend Frauen, die für die Revolution kämpfen und den Laden am Laufen halten. Von der Französischen über die Russische, die Kubanische und die Arabischen Revolutionen waren es stets die Frauen, die gegen die meist männlichen Unterdrücker nachhaltig aufbegehrten.

Und so endete auch der Marsch für die Freiheit nach kurzer Ansage der Polizistinnen in der Bannmeile vor dem Reichstag mit einer Umarmung nicht nur von Vater und Sohn, sondern (jeweils) auch mit den beiden Polizistinnen. Von Herz zu Herz. Von Polizistin zu Aktivist.

Petra Panter ist Journalistin, die als Oppositionelle hier unter schützendem Pseudonym veröffentlicht.



Sie liefen ins Ziel der neuen Basisdemokratie: Vater und Sohn Kolloff gingen eine Strecke der 15-maligen Marathondistanz. *Foto: Lejeune*

»1. UNSER GRÖSSTER SIEG WIRD DAS ZURÜCKERLANGEN UNSERER LIBERALEN FREIHEITSRECHTE SEIN! 2. SOLLTE DIE REGIERUNG SIE FREIWILLIG ZURÜCKGEBEN, WERDEN WIR RICHTIG GEHANDELT HABEN. 3. SOLLTE DIE REGIERUNG SICH JEDOCH DAUERHAFT ZU EINEM TOTALITÄREN REGIME WANDELN – DANN WERDEN WIR UMSO MEHR GEBRAUCHT WORDEN SEIN!«

Die Redaktion & die HerausgeberInnen
Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand



NEXT LEVEL IN KAISERSLAUTERN

Von Marcel Lang

Uns alle betreffen die Maßnahmen der Regierung. Dabei differierten die Einschränkungen in den unterschiedlichen Teilen Deutschlands. Doch der Mensch besitzt von Natur aus das Talent, für die unterschiedlichsten Situationen kreative Lösungen und Handlungsansätze zu erfinden.

Wir alle sind unterschiedliche Individuen. Wir alle beklagen die tragischen Tode. Doch wir beklagen eben auch die Einschränkungen. Die Existenzen vieler Menschen und mittelständischer Unternehmen sind durch die Corona-Maßnahmen stark betroffen.

Doch war es vor Corona anders? Hatten wir vor der Pandemie eine gut funktionierende Demokratie? Begegneten wir einander mit Nächstenliebe? Lebten wir in Würde und auf Augenhöhe?

Jede Medaille hat immer zwei Seiten. Erst ein Bewusstsein für die Nachteile einer Sache, schafft einen Blick für die Vorteile des Gegenteils.

DURCH DIE KRISE IN BEWEGUNG

In Kaiserslautern war zu bemerken, dass das politische Interesse der Bevölkerung stark gestiegen ist. Einerseits stand durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit mehr Zeit zum recherchieren zur Verfügung, andererseits wuchs das allgemeine Misstrauen gegenüber den absurden Einschränkungen. Dadurch entstand Bewegung in der städtischen Gesellschaft.

Und genau hier traten wir auf den Plan. Wir sind unter anderem eine Plattform, um bewegten Menschen Gehör zu verschaffen — gemeinsam und miteinander. Menschen kamen durch die Krise in Bewegung, bewegten sich.

Wir müssen dafür sorgen, dass gut funktionierende Strukturen immer weiter wachsen können. Die positivsten Erkenntnisse aus unserer Sicht sind folgende:

Immer mehr Menschen wachen auf. Polizei und DemonstrantInnen bewegen sich aufeinander zu.

Die Demonstrationen selbst entwickeln sich ebenfalls weiter. Über Meditationen, Gesang bis hin zu demokratischen Räten findet Politik mittlerweile vornehmlich auf öffentlichen Plätzen statt. Man könnte fast von einem *Next Level Life* sprechen. Bleibt mutig und glaubt stets an das Gute!

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (Der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 7. Ausgabe ab Samstag, 06. Juni 2020. Redaktionsschluß war am 05. Juni 2020, 7 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen würden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugute kommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an K.D.W., **IBAN DE 83 1005 0000 1066 5860 19**.

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'diaye, Jill Sandjaja, Louise Thomas, Anne Höhne (Leitung dieser Ausgabe), Wolfgang Spraul, Friederike von Tippelskirch, Hermann Ploppa, Rosa von der Beek, Alexander Richter. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V.i.Gr., Ostpreußendamm 170, 12207 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin; dies indes ohne vorheriges Einverständnis der Intermimsleitung des Theaters.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin im Juni 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht.